

Mutmaßliche Marktmanipulation

Porsches Hasardeure vor Gericht

Der kleine Porsche wollte den großen VW-Konzern übernehmen und verzoekte sich. Am Ende wurde Porsche zur VW-Tochter, und der ehemalige Chef Wendelin Wiedeking muss sich vor Gericht verantworten.

22.10.2015

Weitersagen

Ex-#Porsche-Chef Wendelin #Wiedeking wegen versuchter Marktmanipulation vor Gericht.

Durch den Prozess, der heute vor dem Stuttgarter Landgericht beginnt, wird die Übernahmeschlacht zwischen VW und Porsche

wird noch einmal lebendig. Die kleine Sportwagenschmiede wollte den Autokonzern Volkswagen schlucken, die dafür notwendige Finanzkraft wurde großteils über Kredite und Optionsgeschäfte geschultert. Doch der Sportwagenbauer überschätzte sich, VW drehte den Spieß um und machte Porsche zur Tochter. Die beiden Angeklagten, der damalige Porsche-Chef **Wendelin Wiedeking** und sein Finanzvorstand Holger Härter, saßen bei diesem tollkühnen Übernahmemanöver 2008 am Steuer - beim Umsatz war VW damals etwa 15 Mal größer als Porsche. Spielten die Porsche-Chefs beim damaligen Übernahmepoker mit gezinkten Karten? Diese Frage müssen die Richter klären.

Schon 2005 hatte der relativ kleine Sportwagenbauer Porsche begonnen, sich am Branchenprimus **VW** zu beteiligen. In mehreren Schritten erhöhte das hochprofitable Unternehmen seine Anteile. Offizieller Grund: Stärker kooperieren und dadurch Kosten sparen.



Kompliziert wird die Sache erst drei Jahre später, als Porsche 2008 einen 75-Prozent-Anteil ansteuert. Dadurch hätte Porsche VW-Gewinne abführen können. Wenn eine Firma beschließt, einen so hohen Anteil zu erwerben, muss dies mitgeteilt werden. Porsche tat dies Ende Oktober 2008. Viel zu spät, meint die Staatsanwaltschaft - tatsächlich habe Porsche den Kaufbeschluss verschwiegen und dadurch den Markt manipuliert.

Sieben Jahre grübeln Richter und Staatsanwälte nun schon über den

Fall. Ursprünglich warfen die Staatsanwälte den damaligen Porsche-Vorständen Untreue vor, weil sie Vermögen der Firmeneigentümer aufs Spiel gesetzt hätten. Der Vorwurf wurde fallengelassen, inzwischen geht es um den schwächeren Verdacht der informationsgestützten Marktmanipulation. Zunächst wollte das Landgericht Stuttgart den Fall nicht zulassen, das übergeordnete Oberlandesgericht erzwang aber die Verfahrenseröffnung.

Die Sache zog sich hin. Noch in diesem Sommer wurden zwei Anklagestränge zusammengeführt. „Sieben Jahre vom Tatvorwurf bis zur Hauptverhandlung sind in einem rechtlich komplexen Wirtschaftsstrafverfahren dieses Zuschnitts nicht absolut außergewöhnlich“, sagt der Frankfurter Juraprofessor Matthias Jahn.

Möglicherweise fällt gar kein Urteil

Sollten Wiedeking und Härter schuldig gesprochen werden, droht bei Marktmanipulation eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe verhängt werden. Tatsächlich jedoch dürften weder Wiedeking noch Härter hinter Gittern kommen - dafür sind die Vorwürfe wohl nicht schwer genug. Ob es überhaupt zu einer Verurteilung kommt, ist fraglich - Experten wie Jurist Jahn sehen „belastbare Indizien, dass die Staatsanwaltschaft sich mit ihrer Anklage sehr schwertun wird“.

Mehr zum Thema

· Nicht nur in der Politik wird gelogen, auch

Eins dieser Indizien sei die
Einstellung von

in Unternehmen

- Winterkorn verlässt auch die Porsche-Familiengesellschaft
- Kraftfahrt-Bundesamt ordnet Rückruf von 2,4 Millionen VW-Fahrzeugen an

Ermittlungen gegen den damaligen Porsche-Aufsichtsrat, sagt Jahn. Das Kontrollgremium sei zwar nicht operativ

verantwortlich, habe sich aber letztlich doch an die gleichen Regeln halten müssen wie der Vorstand. „Ich glaube nicht, dass das Verfahren mit einer Verurteilung enden wird“, sagt ein anderer Juraprofessor, der nicht namentlich genannt werden will. Wer Vertretern der Verteidigung dieser Tage begegnet, trifft auf eine demonstrativ zur Schau gestellte Erfolgsgewissheit. Das Verfahren wird zeigen, ob ihr Selbstbewusstsein doch noch eine Delle bekommt.

Klar ist: Es geht nicht bloß um zwei Manager und möglicherweise ein paar 100 000 Euro Strafe. Es geht um die Frage, inwiefern der damalige Porsche-Übernahmeplan schon im Kern morsch war. Sollten Wiedeking und Härter verurteilt werden, hätte das eine Signalwirkung für Zivilprozesse in Niedersachsen, wo Hedgefonds Schadenersatz verlangen für milliardenschwere Verluste. Denn die Börsenspekulanten mussten wegen der Berg- und Talfahrt von Porsche-Aktien während der Übernahmeschlacht herbe Schlappen hinnehmen.

Hätten Wiedeking und Härter die Börse pflichtgemäß informiert und eben nicht mit gezinkten Karten gespielt, wären diese Verluste nicht entstanden, behaupten die Zivilkläger. Insgesamt mehr als fünf Milliarden Euro fordern sie ein. Formal gesehen ist das Stuttgarter Strafverfahren zwar ein ganz anderes Paar Schuhe. Dennoch dürfte der Ausgang des nun beginnenden Verfahrens von den Beteiligten der anderen Prozesse mit höchstem Interesse zur Kenntnis genommen werden.

Quelle: anst./dpa

Zur Homepage





